

Satzung des Vereins **"biogartl / Solidarische Landwirtschaft"**

§ 1 Name, Sitz und Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen "biogartl / Solidarische Landwirtschaft", er ist ins Vereinsregister des Amtsgerichts Deggendorf einzutragen.

Der Sitz des Vereins ist Neutiefenweg (Gemeinde Aholming).

Geschäftsjahr des Vereins ist das Gartenjahr. Es beginnt am 1. April und endet am 31. März des Folgejahres.

§ 2 Ziele und Zwecke des Vereins

Zweck des Vereins "biogartl / Solidarische Landwirtschaft" ist der Erhalt der Pflanzenvielfalt im Gemüseanbau, Pflanzenzucht und Kleingärtnerei. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch regelmäßige Treffen mit Vermittlung von Anbaumethoden der Mischkultur in der Pflanzenzucht und deren praktischer Umsetzung.

§ 3 Gemeinnützigkeit

-entfällt-

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

Vereinsmitglieder können alle natürlichen Personen werden, die sich bereit erklären, die Pflichten eines Mitgliedes nach § 6 zu erfüllen und somit auch den Vereinszweck unterstützen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit, der Herkunft, der ethnischen Zugehörigkeit, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und des Bekenntnisses. Ideen von Rassismus, Sexismus, Homophobie, Ableismus, Transphobie und anderen Diskriminierungsformen haben bei uns keinen Platz.

Der Aufnahmeantrag ist schriftlich an den Vorstand zu richten.

Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Aufnahmebeschluss des Vorstands. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem Bewerber die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig entscheidet. Ein Anspruch auf Aufnahme besteht nicht.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Ausschluss aus dem Verein. Der Austritt aus dem Verein ist zum Ende des Geschäftsjahres mit 4-monatiger Frist oder Eintritt eines neuen Mitglieds möglich. Die Kündigung erfolgt schriftlich gegenüber dem Vorstand.

Ein Mitglied kann durch den Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden. Der Ausschluss erfolgt nach vorheriger Anhörung der/des Betroffenen. Ausschlussgründe sind insbesondere: schwerwiegende Verletzungen der Interessen des Vereins, insbesondere der missbräuchliche Umgang mit Mitteln des Vereinsvermögens, Verletzungen, die den Ruf, den Bestand oder die Tätigkeit des Vereins unmittelbar gefährden sowie schwerwiegende Verstöße gegen die in § 2 festgelegten Zielsetzungen und Ideale des Vereins. Wenn das Mitglied seinen in § 6 genannten Verpflichtungen nicht nachkommt.

Der Ausschluss erfolgt durch einen Beschluss des Vorstandes.

Der Auszuschließende kann innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Zugang des Beschlusses dessen Prüfung durch die Mitgliederversammlung verlangen (Antrag auf Berufung). Der Antrag auf Berufung gilt solange als nicht zurückgewiesen, wie ein entsprechender Bescheid nicht beschlossen worden ist.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

Alle Mitglieder sind berechtigt, an allen Aktivitäten des Vereins teilzunehmen. Der Verein haftet nur im Rahmen der gesetzlichen Mindestbestimmungen.

- Koordinations- und Pflegearbeiten;
- Durchführung von Informationsveranstaltungen und kulturellen Veranstaltungen (z.B. Hoffeste);
- Diverse mit der Vereinstätigkeit verbundene organisatorische Aufgaben;

§ 7 Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern wird ein Jahresbeitrag erhoben, dessen Höhe die Mitgliederversammlung festsetzt.

§ 8 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 9 Vorstand

Der Vorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand und (bei Bedarf) aus bis zu 15 Beisitzern. Der geschäftsführende Vorstand besteht aus drei gleichberechtigten Personen. Sie vertreten den Verein im Sinne von § 26 BGB gerichtlich und außergerichtlich. Jedes geschäftsführende Vorstandsmitglied ist zusammen mit einem anderen geschäftsführenden Vorstandsmitglied vertretungsberechtigt. Für Geldgeschäfte bis zu einem Umfang von 2000 € ist jedes geschäftsführende Vorstandsmitglied einzelvertretungsberechtigt.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn (die Hälfte, aber) mindestens zwei der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder anwesend sind. Der geschäftsführende Vorstand bestimmt eine Sitzungsleitung sowie eine stellvertretende Sitzungsleitung aus den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstands. Die Sitzungsleitung – im Verhinderungsfall die Stellvertretung – beruft und leitet die Vorstandssitzungen, die nach Bedarf stattfinden. Auf schriftliches Verlangen eines Vorstandsmitglieds gegenüber der Sitzungsleitung ist unverzüglich eine Vorstandssitzung einzuberufen. Bei Beschlüssen des Vorstands entscheidet Stimmenmehrheit. Stimmberechtigt im Vorstand sind nur geschäftsführende Vorstandsmitglieder. Beisitzer haben im Vorstand kein Stimmrecht. Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme der Sitzungsleitung. Beschlüsse können auch schriftlich, per E-Mail oder in einer Kombination dieser Verfahren gefasst werden.

Eine inhaltliche Arbeitsteilung der Vorstandsarbeit legen die Vorstände untereinander fest. Im Innenverhältnis gilt: Ausgaben einzelner Budgetposten, die mehr als 15% vom Jahresplan abweichen, bedürfen des Beschlusses durch den Vorstand. Einzelne Posten sind gegenseitig deckungsfähig. Nicht vom Jahresplan abgedeckte Sonderausgaben, die mehr als 5% des Gesamtjahresbudgets betragen, bedürfen der Zustimmung durch die Mitgliederversammlung.

Der geschäftsführende Vorstand und (bei Bedarf) die Beisitzer werden von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gewählt. Eine Wiederwahl ist zulässig. Die Vorstandsmitglieder bleiben bis zu einer Neuwahl des Vorstandes im Amt. Die Mitgliederversammlung kann Nachrücker für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds wählen. Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner regulären Amtszeit aus, so muss, wenn kein Nachrücker vorhanden ist, innerhalb von 6 Wochen eine Mitgliederversammlung stattfinden, in der ein neues Vorstandsmitglied zu wählen ist.

Die Arbeit des Vorstands erfolgt grundsätzlich ehrenamtlich. Der Vorstand kann eine angemessene Erstattung seiner laufenden Aufwendungen für die Vorstandsarbeit erhalten. Die Nachweise sind vorzulegen und können auch in pauschaler Summe durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden. Der Vorstand kann für seine Tätigkeit auf Beschluss der Mitgliederversammlung auch eine angemessene Vergütung erhalten.

§ 10 Zuständigkeit des Vorstands

Dem geschäftsführenden Vorstand des Vereins obliegt die Vertretung des Vereins nach § 26 BGB und die Führung seiner Geschäfte.

Der Vorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:

- die Einberufung und Vorbereitung der Mitgliederversammlungen einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung,
- die Aufstellung eines Jahresbudgets,
- die Ausführung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung,
- die Verwaltung des Vereinsvermögens und die Anfertigung eines Jahresberichts,
- die Aufnahme neuer Mitglieder.

§ 11 Mitgliederversammlung

Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal jährlich statt. Außerdem beruft der Vorstand eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein, wenn das Interesse des Vereins es erfordert. Jede Mitgliederversammlung ist vom Vorstand schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von zwei Wochen und unter Angabe des Zwecks und der vorläufigen Tagesordnung einzuberufen. Die elektronische Form genügt.

Die Mitgliederversammlung kann in Präsenz- oder in virtueller Form stattfinden. Die konkrete Form wird bei der Einladung bekannt gegeben.

Die Versammlung wählt den Versammlungsleiter und einen Protokollführer. Eine Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde, sowie mindestens vier Mitglieder, sowie ein Vorstandsmitglied anwesend sind. Zur Beschlussfassung über die Änderung der Satzung sowie über die Auflösung des Vereins ist die Anwesenheit von zwei Dritteln der Vereinsmitglieder erforderlich. Ist die Mitgliederversammlung nicht beschlussfähig, so ist vor Ablauf von vier Wochen seit dem Versammlungstag eine weitere Mitgliederversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die weitere Versammlung hat frühestens zwei Monate vor, spätestens vier Monate nach dem ersten Versammlungstag stattzufinden. Die neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Die Einladung zu jener Versammlung muss einen Hinweis auf die erleichterte Beschlussfähigkeit enthalten. Zu einem Beschluss über die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder, zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich. Zur Änderung des Zwecks des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder des Vereins notwendig; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen. Es wird durch Handzeichen abgestimmt.

Auf Antrag von mindestens 20 % der Anwesenden ist schriftlich und geheim abzustimmen. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Stimmenthaltungen der erschienenen Mitglieder zählen als Nein-Stimmen. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die in der Versammlung gefassten Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden der Versammlung und dem Protokollführer zu unterschreiben. Wenn mehrere Vorsitzende tätig waren, unterzeichnet der letzte Versammlungsleiter die ganze Niederschrift. Jedes Mitglied ist berechtigt, die Niederschrift einzusehen.

Auch ohne Versammlung sind Beschlussfassungen zulässig, wenn drei Viertel der stimmberechtigten Mitglieder dem Beschluss schriftlich zustimmen. Der Beschluss muss protokolliert und allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden.

§ 12 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

- Genehmigung des Haushaltsplans
- Entgegennahme des Jahresberichts
- Festsetzung des Mitgliedsbeitrages
- Wahl, Abberufung und Entlastung der Mitglieder des Vorstands
- Wahl des Kassenprüfers
- Änderung der Satzung und die Auflösung des Vereins.
- Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Beschluss des Vorstands, über einen abgelehnten Aufnahmeantrag und über einen Ausschluss.

§ 13 Auflösung des Vereins

Zu einem Beschluss über die Auflösung des Vereins ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich. Mit der Auflösung des Vereins oder der Entziehung der Rechtsfähigkeit fällt das Vermögen an die zur Zeit der Auflösung oder der Entziehung der Rechtsfähigkeit vorhandenen Mitglieder zu gleichen Teilen.

§ 14 Salvatorische Klausel

Sollte eine oder mehrere Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise rechtsunwirksam oder undurchführbar sein, so wird dadurch die Gültigkeit der anderen Bestimmungen nicht berührt. An die Stelle der unwirksamen Bestimmungen tritt rückwirkend eine Regelung, die dem Zweck der gewollten Regelung am nächsten kommt.

§ 15 Gründungsklausel

Falls für die Eintragung in das Vereinsregister oder für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch die entsprechenden Behörden Änderungen und Anpassungen der Satzung nötig werden, kann der Vorstand diese auch ohne Beschluss der Mitgliederversammlung

vornehmen. Der Vorstand wird zur Vornahme dieser Handlungen ausdrücklich ermächtigt. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

Oktober 2023